



T +41 31 326 66 04
E urs.scheuss@gruene.ch

Bundesamt für Verkehr
3003 Bern

25. März 2019

Multimodale Mobilitätsdienstleistungen; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben die GRÜNEN zur Stellungnahme zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes im Hinblick auf multimodale Mobilitätsdienstleistungen eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Die GRÜNEN weisen die Vorlage zurück und fordern den Bundesrat auf, ein neues Bundesgesetz über Mobilitätsdienstleistungen zu erarbeiten. Das Personenbeförderungsgesetz (PBG) ist der falsche Ort, um die rechtlichen Grundlagen für multimodale Mobilitätsdienstleistungen zu verankern, da dadurch einseitig die Anbieter des öffentlichen Verkehrs in die Pflicht genommen werden und dadurch gegenüber dritten Mobilitätsanbietern ungleiche Spiesse haben.

Die Vorlage zielt darauf ab, dass öV-Unternehmen öV-externen Mobilitätsvermittlern einseitig ungehinderten Zugang zum Vertriebssystem gewähren, damit diese in Bündelungsangeboten auch öV-Tickets in freier Preisgestaltung verkaufen können. Das gefährdet den Service Public im Kern, denn die bestehenden öV-Angebote mit regulierten Preisen würden ausgehebelt und die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Arbeitsbedingungen in den öV-Unternehmen umgangen. Umgekehrt sichert die Vorlage nicht den Zugang der öV-Unternehmen zu den Vertriebssystemen Dritter. Die öV-Unternehmen erleiden dadurch insgesamt einen erheblichen Wettbewerbsnachteil.

Die GRÜNEN unterstützen jedoch ganz klar die Absicht, multimodale Mobilitätsangebote zu fördern und die rechtlichen Grundlagen entsprechend anzupassen. Solche Angebote im Sinne von einem Ticket für die Fahrt von A nach B mit verschiedenen Verkehrsmitteln tragen dazu bei, die bestehende Infrastruktur besser zu nutzen und den Druck auf Ausbauten, die Mehrverkehr nach sich ziehen, zu verringern. Multimodale Mobilitätsangebote tragen somit zum Schutz des Klimas und der Umwelt bei.

Für den Fall, dass der Bundesrat an der Änderung des PBG festhält, haben wir die gestellten Fragen auf den folgenden Seiten beantwortet. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und beantworten gerne Ihre weiteren Fragen.

Freundliche Grüsse

Regula Rytz
Präsidentin

Urs Scheuss
stv. Generalsekretär

1. *Sind Sie mit den generellen Zielsetzungen der Vorlage einverstanden?*

Die GRÜNEN unterstützen grundsätzlich die Förderung der multimodalen Mobilität und begrüßen rechtliche Rahmenbedingungen für entsprechende Dienstleistungen. Diese müssen zum Ziel haben, den Verkehr nachhaltiger zu organisieren und die bestehenden Kapazitäten besser auszulasten. Dadurch soll die Mobilität klima- und umweltschonend bewältigt und qualitativ gute, sichere und für alle erschwingliche Angebote bereitgestellt werden.

2. *Wie beurteilen Sie die neue Gesetzesbestimmung zur Weiterentwicklung der multimodalen Mobilität? Sind Sie einverstanden mit der Zielsetzung des neuen Artikels? Sind Sie mit den Grundsätzen Nichtdiskriminierung, Transparenz, Kostentragung für den Zugang zu Daten und Vertrieb einverstanden? Wie beurteilen Sie eine mögliche Unterstützung des Aufbaus von Daten- und Vertriebsinfrastrukturen durch den Bund, um die Eintrittshürden auf den digitalen Markt für Mobilitätsanbieter tief zu halten?*

Die GRÜNEN begrüßen grundsätzlich, dass der Bund die Entwicklung von Dienstleistungen für multimodale Angebote fördert. Voraussetzung dafür ist aus Sicht der GRÜNEN, dass alle Mobilitätsanbieter gleich lange Spiesse haben. Das bedeutet vor allem, dass alle Mobilitätsanbieter einen Zugang zu ihren Vertriebsinfrastrukturen gewähren müssen – und nicht nur die öV-Unternehmen – und die Kosten der Infrastrukturen müssen entsprechend eingepreist und der Datenschutz der Nutzerinnen und Nutzer garantiert sein. Die GRÜNEN begrüßen eine Unterstützung des Aufbaus von Daten- und Vertriebsinfrastrukturen durch den Bund.

3. *Wie beurteilen Sie die vorgeschlagene Lösung für den kontrollierten Zugang zum öV-Vertrieb? Sind Sie damit einverstanden, dass öV-externen Mobilitätsvermittlern ermöglicht werden soll, unter klaren Rahmenbedingungen autonom öV-Tickets zu verkaufen und Zugang zur öV-Vertriebsinfrastruktur zu erhalten?*

Meldepflicht und Geschäftssitz in der Schweiz als Zugangsbedingungen sind aus Sicht der GRÜNEN das Minimum, damit der Vertriebsmarkt überhaupt beaufsichtigt werden kann. Um gleiche lange Spiesse zu gewährleisten braucht es zudem eine GAV-Pflicht, damit die Arbeitsbedingungen bei allen Anbietern und Vermittlern fair sind und den Sicherheitsstandards genügen. Weiter sollen personenbezogene Daten nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden dürfen. Die freie Preisgestaltung durch Dritte lehnen die GRÜNEN ab, da dadurch die bestehenden öV-Angebote mit regulierten Preisen ausgehebelt würden.

4. *Wie beurteilen Sie den Ausblick? Sind Sie mit dem längerfristigen Ziel, dass alle Mobilitätsanbieter ihre Vertriebssysteme öffnen sollen, einverstanden? Würden Sie es begrüßen, wenn auch die weiteren Mobilitätsanbieter ausserhalb des öV gesetzlich zur Öffnung ihrer Vertriebssysteme verpflichtet würden?*

Die GRÜNEN begrüßen die Vorschläge im „Ausblick“ aus den oben genannten Gründen. Für die GRÜNEN ist allerdings nicht nachvollziehbar, weshalb der Bundesrat mit diesem Schritt zuwartet und nicht gleich ein neues Bundesgesetz über Mobilitätsdienstleistungen vorlegt.

5. *Wie beurteilen Sie die Anpassungen zur Datenbearbeitung durch öV-Unternehmen – bisheriger Art. 54 PBG?*

NutzerInnen müssten sich jederzeit und bei allen Angeboten ohne Preisgabe ihrer Daten über hindernisfreies Reisen informieren können und entsprechende Tickets auch kaufen können. Das Prinzip hat für alle Anbieter und Mobilitätsvermittler zu gelten und müsste gesetzlich verankert sein. Die GRÜNEN

lehnen zudem ab, dass Reisenden, die ihre Daten nicht preisgeben wollen, ein Aufpreis auf den Tickets verrechnet wird. Es leuchtet nicht ein, wieso den Unternehmen dadurch Mehrkosten entstehen sollten. Vorbehalten bleiben hier natürlich personalisierte Streckenkarten, auf die bei anonymisierten Fahrten kein Anspruch besteht.

6. *Wie beurteilen Sie die Vorlage im Hinblick auf Auswirkungen in der Umsetzung?*

Keine Bemerkungen

7. *Haben Sie weitere Bemerkungen zur Vernehmlassungsvorlage?*

Keine Bemerkungen